

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 157. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 17. Februar 2005

#### Tagesordnungspunkt 4:

- a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit zu dem Antrag der Abgeordneten Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, Norbert Barthle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Weichen stellen für eine bessere Beschäftigungspolitik – Wachstumsprogramm für Deutschland** (Drucksachen 15/2670, 15/3726) .....

14630 C

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beantragt ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Sie sollen – so behauptet die Union – zu einer besseren Beschäftigungspolitik führen. Das wäre angesichts von 5 und mehr Millionen Arbeitslosen auch dringend nötig.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen haben allerdings einen gravierenden Makel: Sie bringen keine Besserung, sondern sie verschlechtern die Lage.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Sie senken nicht die Massenarbeitslosigkeit, sondern sie steigern sie. Sie schaffen auch keinen sozialen Frieden, sondern sie sind eine Kampfansage. Frau Merkel bemerkte hier eben, dass sie Niveau in die Debatte bringen muss. Ich finde, das, was in diesen Anträgen steht, ist unter Niveau.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Worum geht es konkret? Die Unternehmen sollen von Steuern und Abgaben entlastet werden. Tarifverträge sollen entwertet werden. Der Niedriglohnsektor soll ausgebaut und der Kündigungsschutz weiter aufgeweicht werden. All diese Vorschläge, Frau Merkel, sind längst im Praxistest und haben stets versagt, wenn es um die **Senkung der Arbeitslosigkeit** geht.

Fragen Sie doch einmal die Bürgerinnen und Bürger im Land, in Ost und West, in Nord und Süd. Die meisten wissen es und viele erfahren es: Die Unternehmen, insbesondere die großen, werden seit Jahren entlastet, aber die Arbeitslosigkeit steigt. Tarifverträge werden von Tarifrunde zu Tarifrunde zugunsten betrieblicher Ausnahmen gelockert, doch die Arbeitslosigkeit wächst. Im Osten Deutschlands sind Billiglöhne längst die Regel. Trotzdem ist dort die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie im Westschnitt. Der Kündigungsschutz wurde schon einmal abgebaut, aber auch danach gab es nicht weniger, sondern mehr Arbeitslose.

CDU und CSU – und nicht nur sie – beten dennoch gebetsmühlenhaft für ihre Ladenhüter. Das sichert ihnen vielleicht bei Sabine Christiansen am Sonntag gute Plätze, aber Alltagsprobleme lösen sie mit all diesen Vorschlägen nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Geht es den Unternehmen gut, dann geht es allen gut – das ist eine These, die wider besseres Wissen immer wieder gepredigt wird. Nehmen wir aktuell die Deutsche Bank. Um es volkstümlich zu sagen: Der geht es saugt. Sie hat weltweit Milliardengewinne bilanziert. Sie hat keine 10 Prozent Steuern gezahlt. Zugleich will sie Tausende entlassen. Selbst die Bundesregierung hat sich darüber empört. Allerdings verfährt auch die Bundesregierung grundsätzlich nach derselben Logik: Sie senkt die Spitzensteuern und sie verordnet den Entlassenen mit Hartz IV Demut und Fron.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Außerdem belegen die Exportüberschüsse 2004 erneut: Von dramatischer **Wirtschaftsschwäche** kann im internationalen Vergleich überhaupt keine Rede sein. Nackte Zahlen und steigende Gewinne widerlegen solche Behauptungen. Ganz anders sieht es allerdings auf dem Binnenmarkt aus. Er bröckelt, es mangelt an Arbeitsplätzen, an Kaufkraft und damit an Nachfrage. Die Folge sind weitere Insolvenzen und zunehmende Arbeitslosigkeit, also ein Teufelskreis. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Dafür sind die Vorschläge der Union völlig ungeeignet. Schlimmer noch, sie beschleunigen den „Saldo mortale“.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Den Begriff „Saldo mortale“ habe ich übrigens dem Gedicht „Die freie Wirtschaft“ entlehnt. Es endet:

Das laufende Band, das sich weiterschiebt,  
liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt.  
Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug sacht  
Eure eigene Kundschaft kaputtgemacht ...  
  
Und Eure Bilanz zeigt mit einem Male  
einen Saldo mortale.

Der Autor dieses Gedichtes ist übrigens Kurt Tucholsky. Er schrieb es 1930.

Wir haben – das sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch mit Blick auf aktuelle Debatten zum Rechtsextremismus – im Jahre 2005 keine Weimarer Verhältnisse. Aber das ist kein Grund, Fehler der Weimarer Politik zu wiederholen. Wer den Binnenmarkt schwächt, wer Fron und Demut fordert und Bürgerrechte beschneiden will, der vollzieht einen Salto mortale. Wir, die PDS, wollen eine solche Rückwärtsrolle nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die PDS ist für weit reichende und nach vorn weisende Reformen. Wir wollen ein Steuersystem, das die Gewinner nicht länger entlastet, während die Verlierer belastet werden. Das ist aber genau der Sinn Ihrer Steuerpolitik. Wir wollen solidarische Sozialsysteme, bei denen Geiz nicht geil ist, sondern bei denen einer des anderen Last trägt, und wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen einen starken Binnenmarkt und Arbeit, von der man leben kann.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Deshalb lehnt die PDS im Bundestag Ihre Vorschläge ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist gut! Das machen wir auch!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Austermann, CDU/CSU-Fraktion.